

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Verleger und Expedition  
Johannsgasse 33.  
Angehörigen der Redaction:  
Montags 10-12 Uhr.  
Mittwochs 4-6 Uhr.  
In der Ausgabe einzelner Nummern  
sind die Abnehmer zu versehen.  
Kassier der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Interim an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Städten für Prof. Anzeiger:  
Carl Klemm, Universitätsstr. 22,  
Cura 24 Uhr, Rathhausstr. 18, v.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Wittwoch den 20. August 1879.

Kuflage 16,000.  
Abonnementspreis viertel, 6/4, M.,  
incl. Fracht 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegpreis 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.  
Inserate 50 Pf. Zeitzeile 20 Pf.  
Gebühren für Anzeigen laut unserer  
Preisordnung — Tabellarischer  
Satz nach höherem Tarif.  
Kassieren unter dem Redactionsbuche  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu zahlen. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung procommercio  
oder durch Postwechsel.

№ 232.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 und der §§. 2 und 7 des Regulative für Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1868 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß  
Herr Hermann Thierfelder, Lindenstraße Nr. 3,  
zur Übernahme solcher Arbeiten und  
die Klempner Herr Paul Dietrich, Südstraße Nr. 84,  
Herr Ernst Bauer, Tauchaer Straße Nr. 20,  
Herr Ernst Julius Hecht, Ransbühler Steinweg Nr. 19,  
zur Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken bei uns sich angemeldet  
und den Befehl der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen haben.  
Leipzig, den 11. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Richter.

### Bekanntmachung.

Herr Julius Wilhelm Ströbinger beabsichtigt in seinem an der Gutführer Straße unter Nr. 8  
gelegenen Grundstück Nr. 2770 des Grundbuchs und Fol. 63 des Grund- und Hypothekbuchs für die  
Stadt Leipzig eine Steinwiesenschächterei zu errichten.  
Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniss mit der Aufforderung, etwaige  
Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen  
14 Tagen bei uns anzubringen.  
Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledi-  
gung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung  
zu verweisen.  
Leipzig, am 14. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Uhlmann.

### Bekanntmachung.

Im Monat Juli d. J. gingen bei der Armenanstalt ein  
a. an Begaben:  
100 A — 4 von einer Dame, deren Name verschwiegen bleiben soll,  
100 " — " von der am 16. Mai d. J. verstorbenen Frau Charlotte Wilhelmine Kretschmann, durch  
Herrn Justizrath Advocat Dehme;  
b. an Geschenken:  
15 " — " als Vergleichszahlung von R. K. R.,  
7 " 71 " „Trianon-Kreisbahn links, Sonnabendgesellschaft den 19. Juli 1879";  
6 " — " an der Armencaffe gefälligst zulegenden Geldern;  
170 " 65 " für Befestigung von Schaufellungen und Waffelerlaubnis, durch den Rath,  
5 " — " als Strafe wegen Betriebes ausländischer Lotterieloose, durch das Polizeiamt.  
Leipzig, 19. August 1879.  
Das Armen-Directionsm.  
Dr. Bach, Stellvertreter der Vorsitzender.  
Kamag.

### Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß der  
Herr Carl Otto Richard Stehweg  
hier von dem Handlungsbaue August Volten, Bm. Müller's Nachfolger in Hamburg erhaltene Auftrag zur  
Abfertigung von Auswanderungsverträgen für dasselbe nach hierher erhaltener Anzeige zurückgenommen  
worden ist.  
Leipzig, am 15. August 1879.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Kretschmer.

### Königl. Sächs. Landesamt.

Wegen Reinigung der Localitäten sind die Expeditionen des Landesamtes  
am Donnerstag, den 21., und Freitag, den 22. August d. J.  
von Mittag 12 Uhr an geschlossen.  
Leipzig, am 19. August 1879.  
Der Landesbeamte.  
Dr. Julius Burdardt.

### Nationalliberale und Freiconservative.

Während die halbamtliche Berliner „Provinzial-  
correspondenz“ bisher ihre Pfeile hauptsächlich  
gegen die Fortschrittspartei gerichtet hat,  
legen die Officiellen freiwilliger Ordnung der Jagd  
auf die Nationalliberale Partei ab. Das ist  
so alter Brauch. Kein Mensch wird sich darüber  
wundern, weder über die Thatsache selbst, noch  
über die Weise, wie das Jagen geht. Die  
„Weste“, um diesen durch die Usbität der „Nord-  
deutschen Allgem. Zeitung“ jüngst in die publi-  
cistische Polemik eingeführt worden zu gedanken,  
macht eben, wie es die Natur ist. Was wir be-  
wundern, ist, daß auch das Organ der freicon-  
servativen Partei, die „Post“, ein früher den  
gemäßigt Liberalen gegenüber sehr maßvoll ge-  
haltenes Blatt, an diesem Treiben theilnimmt. In  
verwundern ist dies freilich nach den Leistungen  
im letzten Reichstagswahlkampf auch nicht mehr.  
Aber wir hätten gedacht, gerade die damals ge-  
wachten Erfahrungen würden das Blatt über die  
Zweckmäßigkeit dieser Kampfesweise eines Besseren  
belehrt haben. Oder erinnert es sich nicht mehr,  
wie oft hinterher die Verhältnisse es ihm angezeigt  
erschienen ließen, seine Angriffe auf die National-  
liberalen in Abrede zu stellen? — Wir begreifen,  
daß die „Kreuzzeitung“, die sich sonst der offi-  
ciellen Parole gegenüber stets die vornehmste Stel-  
lung der freien Kritik bewahrt, zur Zeit in das  
gouvernementale Geschrei gegen den liberalen Rad-  
ikalismus mit rückhaltlosem Beifall einstimmt.  
Die Partei des starren Conservatismus, oder, was  
unter den abwechselnden Umständen gleichbedeutend  
ist, der grundsätzlichen Reaction, hat stets  
darauf gehalten, den Glauben nicht aufkommen  
zu lassen, als ob der Liberalismus über-  
haupt eine gemäßigtere, eine den realen Verhält-  
nissen angepaßte Politik treiben könnte. Gerade  
im Gegensatz zu dieser Anschauung aber ist die  
freiconservative Partei entstanden. Sie ging  
heraus aus der Ueberzeugung, daß, wie die politi-  
schen Dinge in Deutschland nun einmal lagen,  
nur ein Zusammenwirken gemäßigter Parteien  
einen sprichwörtlichen Fortgang der Gesetzgebung  
bewürge. Und diese Ueberzeugung hat sich be-  
kräftigt, so lange die preussisch-deutsche Regierung  
überwiegend sich aus den gemäßigten Parteien stützte.  
Seit Jahr und Tag aber, zum Mindesten seit dem  
Anstandkommen des Socialistengesetzes, hat die  
Regierung ihre Haltung verändert; sie hat ihre  
Stütze gesucht bei extremen Parteien, bei den Al-  
t-conservativen und dem Centrum. Wir  
kennen die Mär von der Zwangslage, in welche  
die nationalliberale Partei die Regierung  
versetzt haben soll, aber wir glauben sie nicht.  
Wir untersuchen nicht, wie die freiconservati-  
ven Elemente es mit ihrem Standpunkte ver-  
halten konnten, wenn sie trotz der veränderten  
Haltung der Regierung auf deren Seite verblieben;  
wir erinnern nur daran, daß die „Post“ den be-  
rühmten Antrag Frankenslein noch als aussichts-  
los behandelte, während er vom Kaiserlichen Dis-  
cretar herab acceptirt war. Kein Zweifel, daß  
derjenige Theil der deutschen Reichspartei,  
welcher auf dem Standpunkte der preussischen  
Freiconservativen steht, nur mit sehr schwe-  
rem Herzen dem schließlichen Compromiß über  
das Budget beigetreten ist. Seine Stellung zu  
dem Antrage Frankenslein war dieselbe, wie die-  
jenige der nationalliberalen Partei. Und

man soll die letztere, weil sie in jenem Antrage  
einen verhängnisvollen Schritt auf dem Wege zur  
Vorderung des Reichsgesetzes erblickte und für den-  
selben die Verantwortlichkeit nicht mit übernehmen  
wollte, dem Radicalismus verfallen sein? Nicht  
minder ist zur Genüge bekannt, daß in den frei-  
conservativen Kreisen der Rücktritt Falk's  
die ernstesten Befürchtungen hervorgerufen hat.  
Und nun sollen die Nationalliberalen, wenn  
sie denselben Befürchtungen offen Ausdruck  
geben, eine systematische Untergrabung des  
Vertrauens zur Regierung, ja wohl gar die  
Revolution betreiben? Rag immerhin die „Post“  
sich mit der Eöhlner Rede abzufinden suchen, mag  
sie Herrn v. Pottamer ein Vertrauensvotum  
ertheilen, Arm in Arm mit dem westfälischen  
Klerus, der in demselben Kitzelunge der staatlichen  
Rechten Hojn spricht — was wir zurückweisen, ist,  
daß sie, gemüthlich zur Rechtfertigung ihrer  
eigenen Schwankung, von der nationalliberalen  
Partei ein Bild entwirft, über dessen Unwahrheit  
kein Zweifel sein kann. Die nationalliberale  
Partei ist kein Haardreiß nach links abgewichen von  
der Linie, welche der gemäßigte Liberalismus seit  
1866 befolgt hat.  
Wie die freiconservative Partei Angesichts  
der veränderten Haltung der Regierung ihren  
Standpunkt zu wahren gedenkt, ist lediglich ihre  
Sache. Die heutigen Umstände mögen es mit sich  
bringen, daß an die Stelle des freiconservativen  
Verhältnisses zwischen Freiconservativen und  
Nationalliberalen ein belagenderer  
Gegensatz tritt — die politischen und unabdingbaren  
Köpfe werden deshalb doch überzeugt bleiben, daß  
eine heilsame Entwicklung unseres Staatswesens  
ohne die positive Mitwirkung der gemäßigten  
Liberalen nicht möglich ist.

### Politische Ueberstcht.

Leipzig, 19. August.  
Die Eöhlner Rede des preussischen Cultus-  
ministers v. Pottamer bildet noch immer den  
Gegenstand der verschiedensten Commentare. Wir  
unsererseits haben an unserm Urtheil, daß durch  
dieselbe allerdings ein Gegensatz zwischen dem  
Falk'schen und dem Pottamer'schen System  
constituirt sei, Nichts zu ändern. Mit nicht ge-  
ringem Interesse aber beobachten wir den Wider-  
spruch, der in der Stellungnahme der verschiedenen  
conservativen Richtungen zu der Eöhlner Red-  
gebung hervortritt. Eine von dem Bureau der  
Deutschen Reichs- und Freiconservativen  
Partei herausgegebene Wochen-correspondenz findet,  
daß die in Rede stehende Erklärung des Herrn  
v. Pottamer „nicht als ein Beweis für eine  
grundsätzliche Aenderung des bisher auf dem Ge-  
biet der Schule befolgten Systems anzusehen“  
sei, und fährt fort: „Im Gegentheil ist es  
gegenüber den mannichfachen positiven Auf-  
fassungen des Herrn v. Pottamer, nach welchen  
eine Systemänderung von ihm durchaus nicht be-  
absichtigt wird, nicht eben lokal, in jene Reak-  
tion zu verfallen die Bedeutung „planmäßiger  
Reaction auf dem Gebiet der Schule und Kirche“  
hineinzulegen.“ Dagegen erhält die „Kreuzzeitung“  
aus Eöhlen noch eine Zuschrift, in welcher aus-  
drücklich dargelegt wird, wie der Minister ganz  
gegen seinen Willen zur Kennzeichnung seines  
Standpunktes prolocutur wurde, woraus es weiter  
heißt: „Daß dieser Standpunkt den liberalen

Organen nicht genehm ist, daß nicht Wunder  
nehmen. Immerhin hätten aber die liberalen  
Blätter, so viel Tact besitzen müssen, die offene  
Weise, in der Herr v. Pottamer sein Scheiden  
von den Bahnen seines Amtsvorgängers  
betonte und nach Obigem betonten magte, dem  
Herrn Minister nicht zum Vorwurf zu machen.“  
Eine Systemänderung durchaus nicht beabsichtigen  
und dennoch von den Bahnen seines Amtsvor-  
gängers scheiden — Dies mit einander in Einklang  
zu bringen, überlassen wir dem Scharfsinn der  
„Post“. Im Uebrigen wären wir doch begierig,  
von dem „Bureau der Deutschen Reichs- und Frei-  
conservativen Partei“ zu erfahren, welches denn  
„die mannichfachen positiven Auffassungen des  
Herrn v. Pottamer“ sind, nach denen eine System-  
änderung von ihm durchaus nicht beabsichtigt wird.  
Bisher ist etwas Derartiges unseres Wissens nur  
von einem obdunkeln hinterpreussischen Blättchen  
erzählt worden. Auch die „Post“ freilich hatte  
etwas gehört, was der Minister geäußert haben  
soll; Dies stimmte aber schon keineswegs zu der  
vollständigen Inabredestellung einer Systemänderung.  
Als ein Beweis der veränderten Stellung,  
welche die preussische Regierung der katho-  
lischen Kirche gegenüber eingenommen hat,  
wird wohl auch die Nachricht des „Mhein. Cour.“  
gelten müssen, daß der Reichsminister in Höchst  
im Regierungsbezirk Wiesbaden einen Erlaß des  
Cultusministers zugesandt erhalten hat, wonach  
der Minister nach eingehender wiederholter Prü-  
fung der dortigen Partei- resp. Caplaneiverhält-  
nisse verfaßt, daß der Amtshaltigkeit eines Caplan-  
Spangemacher (nach dem Ableben des Par-  
zers der einzige katholische Geistliche in Höchst,  
dem aber nach langer Verhandlung schließlich jede  
selbsttätige Thätigkeit unterzogen worden war)  
einstweilen kein Hinderniß mehr entgegenge-  
setzt werde. Eine mildere Provis in Betreff der Hand-  
habung der Maßregeln scheint also bereits Platz zu  
greifen.  
Wir haben schon neulich die in der Presse mehr-  
fach erhobene Forderung — schreibt „official“ die  
„N.-L. C.“ — daß die nationalliberale Partei  
einen Wahlauftrag erlasse, als vollkommen be-  
gründet anerkannt. Es ist auch wohl nicht zu  
zweifeln, daß jener Forderung Genüge geschehen  
wird. Man wird annehmen dürfen, daß nur das  
am Schluß der Reichstagsession übermächtig her-  
vorgeleitete Erholungsbedürfniß die übliche Rand-  
gebung der Parteileitung diesmal etwas hinaus-  
gezogen hat. Im Uebrigen erinnern wir daran,  
daß am Schluß der letzten preussischen Landtags-  
session von der nationalliberalen fraction des Ab-  
geordnetenhauses für die Befestigung der diesmaligen  
Wahlthätigkeit eine provinzielle bezw. locale  
Organisation beschlossen worden ist. Die An-  
nahme ist also unrichtig, als ob es zur Einleitung  
der Wahlbewegung durchaus erst eines Anstoßes  
seitens der Centralleitung bedürfte. Es liegen denn auch  
bereits zahlreiche Berichte über an einzelnen Orten  
begonnen in größeren Verbänden gethane Schritte  
bezw. „So weit das Parteiblatt. Zu den Wahlen  
wird uns ferner geschrieben: Die Wahl-Agitation  
beginnt nun auch seitens der liberalen Parteien  
ein gewandertes Tempo anzunehmen. In Schles-  
wig-Holstein, Preußen, Hannover, Schlesien sind  
Wahl-Comités in der Bildung begriffen und überall  
macht die Verständigung zwischen den liberalen  
Parteien Fortschritte, wozu allerdings die Eöhlner  
Utschrede außerordentlich viel beiträgt. In der

nächsten Woche werden auch die Mitglieder der  
geschäftsführenden Ausschüsse des Centralwahl-  
comité der Fortschrittspartei in Berlin ver-  
sammelt sein, die durch Erlaß eines allgemeinen  
Auftrags und durch Errichtung eines Central-  
wahlbureau der Wahlbewegung eine Art Directi-  
ve geben werden. Die zahlreichen Mandatsable-  
gungen, die seitens früherer Abgeordneter eingehen,  
betreffen meist Nationalliberale des rechten  
Flügels, die im Allgemeinen nicht schwer zu er-  
legen sein werden.“ Also unser Correspondent.  
Zu den Wahlen in Hannover wird der „Magd-  
bzg.“ geschrieben:  
„Die hannoverschen Liberalen haben auf ihrer  
Parteiversammlung am 10. August, welche vertrau-  
licher Natur war, ein Wahlprogramm festgestellt,  
das Oberbürgermeister Dr. Riquel entworfen  
hatte. Es würde bereits veröffentlicht worden  
sein, hätte man es nicht zuvor der centralen  
Partei vorlegen und deren Ansicht  
darauf einholen wollen. Eine solche Rücksicht ist  
für nationale, ganz Preußen und Deutschland um-  
fassende Parteien unerlässlich, und vor Allem in  
einer Lage wie der gegenwärtigen der gegen die  
liberalen Partei. Die Hannoveraner neigen sich  
innerhalb der nationalliberalen fraction bekannt-  
lich überwiegend der Bismarck'schen Richtung  
zu, ohne daß ihnen oppositionelle Elemente ganz  
fehlen. Dies und das starke Contingent, welches  
sie zu ihr bisher namentlich im Abgeordneten-  
haufe gestellt haben, wird ihren Anschauungen  
in dem Mittelpunkt der Partei die sorgfältigste und  
rücksichtslose Beachtung sichern müssen. Der Vor-  
trag „Weg mit Bismarck!“ würde in Hannover kein  
erhebliches Echo finden, ohne daß dort gerade die  
Bismarck-Schwärmer in besonderer Blüthe lände.  
Eben so wenig läßt sich dort die liberale Partei  
schlechthin für den Freihandel einschneiden, sobald  
die Lage sowohl wie die Stimmung der Bevölke-  
rung allen schußfähigeren und agrarischen Ex-  
travaganzen im Durchschnitt fern genug ist.“  
In dem höheren Verwaltungsdienst  
Preußens sind — eine Folge des Minister-  
wechsels — einige Personaländerungen einge-  
treten. Der „Staatsanzeiger“ publicirt folgende  
Cabinetordre:  
„Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht,  
den Unterstaatssecretair Dr. Sydow in Berlin zum  
Director der Hauptverwaltung der Staatsschulden  
mit dem Amtskarakter als Präsident und unter Be-  
lassung des Ranges eines Rath's erster Classe, und  
den Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath und  
Director der Abteilung für das Staat- und Cassen-  
wesen im Finanzministerium Weinsack zum Unter-  
staatssecretair in diesem Ministerium zu ernennen.“  
Ueber das Verhältnis, in welchem der Feldmar-  
schall Frdr. v. Rantzau als Statthalter der  
Reichslande zu dem Commando des dortigen  
Armecorps treten wird, geben seit Wochen wider-  
sprechende Meldungen durch die Zeitungen. Den  
Ausweg aus den bei einer Verbindung des Corps-  
commandos mit der Statthaltertschaft sich ergebenden  
Schwierigkeiten scheint man inzwischen darin  
gefunden zu haben, daß der Feldmarschall nicht  
zum commandirenden General des XV. Armecorps,  
sondern zum Oberstcomandirenden aller in  
den Reichslanden stehenden Truppen ernannt wird.  
Es wird ferner der „R. Z.“ aus Straßburg  
geschrieben:  
„Es beflügelt sich, daß die Behörde sich veranlaßt  
gesehen hat, die drei elsässischen Turnvereine  
polizeilich aufzulösen, welche unter dem Namen  
La Fraternelle, L'Union und L'Amicale Société é-  
gymnastique de Strasbourg eigentlich bestanden,  
nachdem diese Vereine ihren eigentlichen Zweck